

Hans Branth im «TagesAnzeiger» vom 30. Dezember 2019

Putins Macht

Mehrfach hat sich Wladimir Putin in letzter Zeit gegen die Aussage verwahrt, die Sowjetunion habe durch ihr Abkommen mit Hitler-Deutschland den Beginn des Zweiten Weltkriegs begünstigt. Zuletzt schimpfte der russische Präsident vor Generälen kurz vor Weihnachten in Moskau über den damaligen polnischen Botschafter in Berlin. Dieses «antisemitische Schwein» habe mit Hitler kooperiert. Polen trage eine Mitschuld am Ausbruch des Krieges. Polen hat diese Aussagen scharf kritisiert. Immerhin teilten Deutschland und die Sowjetunion das Territorium des Landes in einem Geheimzusatz zum Stalin-Hitler-Pakt unter sich auf.

Putins Aussagen sind nicht neu: Ähnliches hat er schon vor 10 Jahren gesagt. Neu ist die Aggressivität, mit der er den russischen Standpunkt vertritt. Putin sieht das heutige Russland als Nachfolger der Sowjetunion. Die Stärke dieses Staates unter Beweis zu stellen, ist der Kern seiner Politik.

Dazu gehört auch eine Umdeutung der Geschichte: Die Gräueltaten des sowjetischen Diktators Josef Stalin werden heruntergespielt, seine skrupellose Macht hingegen als Ausdruck russischer Stärke bewundert. Stalins Besetzung Polens wird ausgeblendet, sein Pakt mit Hitler hingegen verteidigt als taktische Notwendigkeit zu einer Zeit, in der Deutschland alle Länder Europas bedrängte. Ähnlich erklärt Putin Russlands Übernahme der Krim oder seine Aggression gegen die Ukraine – als Reaktion auf die Bedrängung Russlands durch den Westen. Für Putin zählt einzig die Macht. Bei der russischen Bevölkerung kommt das gut an. Die Beziehung zu den Nachbarländern im Westen hingegen wird immer schwieriger.

Hans Brandt, Redaktor Meinungen

Kommentar des Botschafters der Russischen Föderation in der Schweiz Sergei Garmonin auf Facebook als Reaktion auf den Artikel «Putins Macht» im Tages-Anzeiger vom 30. Dezember 2019.

Der am 30. Dezember 2019 im Tages-Anzeiger veröffentlichte Beitrag von Hans Brandt «Putins Macht» enthält aus unserer Sicht tendenziöse Informationen und bedarf einer Reaktion unsererseits.

Heutzutage wird aktiv ein Bild von Polen als ein unschuldiges Opfer vermittelt, welches im Zweiten Weltkrieg als Erstes leiden musste. Dabei wird in dem obsessiven Bestreben, auf die Sowjetunion die gleiche Verantwortung für die Entfesselung dieses globalen Konfliktes wie die von Nazi-Deutschland abzuwälzen, selbst die Geschichte zum Opfer. Ereignisse werden aus dem allgemeinen Kontext herausgerissen, dokumentierte historische Tatsachen werden verdreht oder verschwiegen. Dies beweist einmal mehr, dass dieses Thema längst nicht mehr nur in der historischen Dimension, sondern mehr und mehr auch in der politischen betrachtet wird und zu einem weiteren Mittel geworden ist, Abneigung gegen unser Land zu säen.

Die Kritik des am 23. August 1939 in Moskau unterzeichneten Nichtangriffspaktes zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion ist heute omnipräsent. Es ist jedoch verwunderlich, wenn schon diese Frage eine solche Aufmerksamkeit genießt, wobei man dabei stets ausblendet, was die sowjetische Führung damals zu diesem Schritt bewogen hatte.

Am 26 Januar 1934 unterzeichneten Polen und Deutschland einen Nichtangriffspakt zu dem es nach Angaben mehrerer Politiker und Historiker der damaligen Zeit ein Geheimprotokoll gab. Dieses wurde 1935 in französischen und sowjetischen Quellen veröffentlicht. Im Geheimprotokoll ging es um die Unterstützung von Hitlers aggressivem militärischen Vorhaben. So verpflichtete sich Polen im Fall eines Angriffs Deutschlands auf Litauen oder die UdSSR, den deutschen Truppen freien Durchgang über sein Territorium zu gewähren. Am 29. September 1939 wurde als Ergebnis der Konferenz in München ein Abkommen zwischen Nazi-Deutschland, faschistischem Italien, Grossbritannien und Frankreich geschlossen, welches zuerst zur faktischen Aufteilung der Tschechoslowakei im März 1939 unter Deutschland, Polen und Ungarn führte und schliesslich in ihrer Auflösung als selbständiger Staat endete. Diese Taten, die Hitlers Drang gegen Osten richteten und die Gründung einer Anti-Hitler-Koalition zu der Zeit verhinderten, wurden zum wahren Vorspiel des Zweiten Weltkrieges.

Der blinde Antisowjetismus der polnischen Regierung trieb das Land in die Einflusszone Hitlers. Die Deutschen förderten diese Entwicklung. Sie gaben den Polen das Teschin-Gebiet, das der Tschechoslowakei gehörte, und versprachen ihnen später die sowjetische Ukraine und den Zugang zum Schwarzen Meer. Das lässt sich nachlesen in den Gesprächsprotokollen der Aussenminister Deutschlands und Polens, Joachim von Ribbentrop und Józef Beck, vom Januar 1939 in Warschau.

Fakt ist, dass die UdSSR nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland auf eine Politik der gesamteuropäischen Kollektivsicherheit setzte. 1934 unterstützte die sowjetische Regierung die Initiative des französischen Aussenministers Louis Barthou, der alle mittel- und osteuropäische Staaten, einschliesslich der Sowjetunion und Deutschlands, an einem «Pacte de l'Est» beteiligen wollte. Hitler lehnte diesen Vertrag rundheraus ab. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass Hitler dabei eifrig von Polen unterstützt wurde.

An der Schwelle zum Krieg, am 17. April 1939, kam es in Moskau zu Verhandlungen mit Frankreich und Grossbritannien, mit dem Ziel, doch noch eine Anti-Hitler-Koalition in die Wege zu leiten. Diese scheiterten, weil London keine Anstalten machte, sich mit Moskau zu verständigen. Die Briten sahen in Hitler damals lediglich einen widerspenstigen Alliierten, dem es mit einem hypothetischen Bündnis mit den Russen in Trab zu halten galt.

Unter diesen Umständen war der am 23. August 1939 unterzeichnete Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland eine Notmassnahme, da es für unser Land keine weiteren Optionen gab, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Im Grunde genommen verpflichtete sich die Sowjetunion mit diesem Abkommen mit

Berlin, innerhalb der nächsten 10 Jahre Deutschland nicht anzugreifen. Bemerkenswert ist, dass die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes in Warschau keine grossen Wellen schlug – im Gegensatz zu Tokio, wo sie heftig verurteilt wurde. Japan setzte damals seine Eroberungspläne in der Mongolei und in China durch und lieferte sich Gefechte mit der Sowjetunion am Chalchin Gol. Eben dieser Schritt hielt Japan vom Angriff auf die UdSSR vom Osten im Jahr 1941 ab.

Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion zur späteren Zerschlagung des Nazi-Deutschlands steht ausser Zweifel. Allein bei der Befreiung Polens betrug die Verluste der Roten Armee über 600'000 Menschen. Insgesamt fielen in den Kämpfen gegen die braune Pest in Europa Millionen unserer Bürger.

Russland kann wie jedes andere Land die Versuche, seine lebensnotwendigen Interessen zu untergraben, nicht unbeantwortet lassen. Dies ist wichtig zu verstehen, wenn wir über die Entwicklung der gegenwärtigen politischen Lage auf der Weltbühne sprechen. Antworten tun wir vorrangig mit Mitteln der Diplomatie. Unsere westlichen Partner beschränken sich jedoch des Öfteren auf die Möglichkeiten der Diplomaten, indem sie den Raum für Zusammenarbeit und Kontaktpflege einschränken.

Es ist kein Geheimnis, dass im Westen eine globale und konsequente Kampagne betrieben wird, um Russland sowie alles, was damit verbunden ist, zu dämonisieren. Dabei sollte man nicht glauben, dass diese Spannungen ausschliesslich auf die Krise in der Ukraine zurückzuführen sind. Kritik an uns gab es lang vor dem vom Westen offen unterstützten Staatsstreich in der Ukraine 2014. Es sind dies die Nato-Bombardierungen von Jugoslawien mit der späteren einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, die schleichende Ost-Erweiterung der transatlantischen Allianz (NATO) gegen die russische Grenzen trotz Vereinbarungen und Versprechen. Hinzu kommen die nicht angemessene Reaktion des Westens auf den Angriff Georgiens im Jahr 2008 auf Südossetien und die Ermordung der dort mit UN-Mandat stationierten russischen Friedenstruppen und natürlich die andauernde antirussische Informationskampagne in den Medien, welche nahezu an eine nationalistische Hetze grenzt.

Es ist wichtig, sich dessen bewusst zu sein, dass die Welt globalisiert ist und ihre harmonische Entwicklung gemeinsame Anstrengungen braucht. Alleingänge sollten besser vermieden werden. Was Europa und den Westen insgesamt angeht, sind wir nach wie vor für eine Zusammenarbeit bereit sowohl mit der EU als auch mit einzelnen westlichen Staaten. Russland war und bleibt ein Teil des europäischen Kontinents. Uns verbindet so vieles: kulturell, historisch und auch menschlich. Offen sind wir auch für die Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raums vom Pazifik bis zum Atlantik. Im breiteren Kontext sehen wir auch Perspektiven für die Gründung einer grossen eurasischen Partnerschaft. Zweifelsohne soll diese Zusammenarbeit auf einer gegenseitig vorteilhaften Grundlage beruhen im Verlaufe eines vertrauensvollen Dialoges auf Augenhöhe und nicht in der Sprache der Drohungen und Ultimaten.

Sergei Garmonin

Botschafter der Russischen Föderation in der Schweiz

